

### AfD Sachsen: keine Beifallsbekundungen für Terroristen in Sachsen!

Dresden, 15. Dezember 2016

Die AfD Sachsen hat die Dresdner und Chemnitzer Proteste von ca. 400 überwiegend Syrern unter dem Motto „Together for Aleppo“ scharf kritisiert. „Es kann nicht sein, dass Exilanten angesichts der Rückeroberung der Stadt durch Truppen des gewählten Präsidenten Assad jetzt gegen ihre Zerstörung protestieren“, erklärt Generalsekretär Uwe Wurlitzer. „Assad bekämpft in Syrien die sogenannten ‚Rebellen‘ von der Terrorgruppe Al Nusra - einem Ableger von Al Quaida - die auch Aleppo besetzten. Zu Zeiten der Attentate in Frankreich und Belgien und bevor Rußlands Präsident Putin eingegriffen hat, hießen die Rebellen noch Terroristen. Die ‚Demonstranten‘ stehen somit auf der Seite ebendieser Terroristen. Das ist ein Unding. Wen haben wir uns hier ins Land geholt?“

Daneben hält es Wurlitzer für unpatriotisch, bequem und feige, sich das Recht herauszunehmen, im warmen, sicheren Deutschland für das Land zu demonstrieren, das sie verlassen haben. „Eigentlich sollen Demos ja etwas bewirken. Das können sie aber nur dort, wo man auch etwas bewirken kann. Da Deutschland in Aleppo keinen Krieg führt, ist der Protest überflüssig und heizt nur die Stimmung in der Flüchtlingspolitik an. Bereits vor über einem Jahr hatte Polens Außenminister Witold Waszczykowski die syrischen Flüchtlinge in Europa zum Kampfeinsatz in ihrer Heimat aufgefordert und kritisiert, dass ‚Hunderttausende Syrer Unter den Linden ihren Kaffee trinken‘. Ein viel besseres Zeichen wäre also, wenn auch die Flüchtlinge in Sachsen zurück gingen und beim Wiederaufbau ihrer Heimat helfen würden.“

#### **Für Rückfragen:**

Dr. Thomas Hartung

0178/5443426

[thomas.hartung@afdsachsen.de](mailto:thomas.hartung@afdsachsen.de)

Der AfD-Landesverband Sachsen wurde am 28.04. 2013 gegründet und hat derzeit knapp 1600 Mitglieder. Landesvorsitzende ist die Leipziger Chemikerin Dr. Frauke Petry (41). Die AfD fordert eine Neuordnung des Asyl- und Migrationsrechts mit sofortigem Stopp der unkontrollierten Einwanderung. Sie verlangt die geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbände, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards sowie ein bezahlbares Energiekonzept. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.